

Liebe Freundinnen und Freunde für Frieden,

mein Name ist Farid Vidia, ich spreche heute für die Linke Aschaffenburg und Miltenberg.

Danke, dass ich heute hier zu Euch sprechen darf.

Dieses Jahr feiern wir den 75. Geburtstag des Grundgesetzes – und damit auch das dort verankerte Friedensgebot. Als Lehre aus zwei Weltkriegen hat sich Deutschland in seiner Verfassung dazu verpflichtet, als gleichberechtigtes Mitglied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen und sich nie wieder an der Vorbereitung eines Angriffskrieges zu beteiligen.

Die Ukraine hat das Recht auf Selbstverteidigung gegen den Angriff Russlands. Aber mehr Waffen-Lieferungen werden nicht zu einem Ende des Krieges führen – das geht nur mit Verhandlungen und Diplomatie.

Stattdessen steigt die Gefahr, dass der Krieg eskaliert und sich weiter hinzieht: mit immer mehr Toten und mit immer mehr Verwüstung. Ein langer Krieg verbraucht viel Material. Das ist gut für die Rüstungsindustrie. Für die Menschen bedeutet das: unendliches Leid. Wenn auch der größte Panzer der Welt nicht zum Sieg der Ukraine führt, was wird als Nächstes gefordert? Kampfjets? Soldat*innen? Wir sagen: Raus aus der Eskalation! DIE LINKE lehnt Waffenlieferungen an die Ukraine ab. Mehr Waffen schaffen keinen Frieden. Stattdessen müssen die Kriegsparteien zu Verhandlungen gedrängt werden.

Wir stehen solidarisch an der Seite der Ukraine, wenn es darum geht, ihr die Wahrnehmung ihres Rechts auf Selbstverteidigung zu ermöglichen. Aber auch die Schreckensbilder aus Israel bleiben in unserem Gedächtnis. Die Massaker, die die Hamas dort an der Zivilbevölkerung begangen hat, sind mit Nichts zu rechtfertigen. Unsere Solidarität und unser Mitgefühl gelten auch der Zivilbevölkerung des Gaza-Streifens, die unter den israelischen Angriffen, leiden.

Die Forderungen "nie wieder Krieg" und "nie wieder Faschismus" sind untrennbar miteinander verbunden.

Der UN-Hochkommissar für Menschenrechte, Volker Türk, hat die anhaltenden Angriffe im Gazastreifen als «Gemetzeln» bezeichnet. Seit Beginn der israelischen Militäroffensive im Oktober seien rund 30 000 Palästinenser getötet und über 70.000 verwundet worden.

Israel habe im Gazastreifen Tausende Tonnen Munition in dicht besiedelten Wohnvierteln eingesetzt. Darunter seien Waffen, die großräumig Schaden anrichteten, sagte Türk. Solche Waffen produzierten eine massive Druckwelle, die menschliche Organe zerreißen und tiefe Verbrennungen verursachen könnten.

Der Gazastreifen ist nach den Worten des EU-Außenbeauftragten Josep Borrell "der größte Friedhof der Welt und ein Friedhof für das Völkerrecht".

In einem Radiointerview wurde Israels Minister für Kulturerbe, Amichai Eljahu, gefragt, ob man eine Atombombe auf den Gazastreifen werfen sollte. "Ja, das wäre eine Möglichkeit", sagte Eljahu da. "Wir sollten schauen, was ihnen Angst macht und abschreckt. Denn zu drohen, sie zu töten, reicht nicht.

Die faschistische Ideologie forderte und fordert immer Todesopfer, egal wo sie an die Macht kommt. Nazi Deutschland hat vorsätzlich Massenmord an Millionen unschuldiger Zivilisten begangen, überzeugt von einer Rassenideologie. Als freie Welt müssen wir laut werden gegen den Faschismus, der tötet. Weltweit. Wenn wir das nicht tun, dann haben wir unsere Menschlichkeit verloren. Dann ist auch unsere Demokratie in Gefahr.

Wir verurteilten die Anschläge vom 7. Oktober. Die Zeitrechnung hat aber nicht erst am 7. Oktober begonnen. Israel unterdrückt die Palästinenser seit Jahrzehnten.

Wer der Meinung ist, dass man die Ultra Rechts-Regierung in Israel für Verbrechen nicht kritisieren darf, hat genau auch seine Menschlichkeit verloren. Nie wieder muss überall gelten, für alle Menschen! Wer immer noch der Meinung ist, dass durch Waffen Frieden geschaffen werden kann, hat aus der Geschichte nichts gelernt. Allein 46 Jahre Krieg in Afghanistan haben gezeigt, dass Waffen keinen Frieden bringen, sondern immer mehr Tote. Und ein zerstörtes Land zurücklassen.

Die Aufforderung der Bundesregierung um Kanzler Scholz und Außenministerin Baerbock nach Schutz der Zivilist*innen wirkt angesichts der Verzehnfachung der Waffenexporte nach Israel zynisch. Wir fordern von der Bundesregierung:

- Einsatz für einen unmittelbaren Waffenstillstand und die sofortige Freilassung aller Geiseln und politischen Gefangenen
- einen verstärkten humanitären Einsatz für die Zivilbevölkerung im Gazastreifen – zuallererst mit Lebensmitteln, Medizin, Zelten und Energie
- die Fortführung der Zahlungen an das UN-Hilfswerk UNRWA
- den Stopp der Rüstungsexporte an Israel.

Wir müssen mit „Kriegstüchtigkeit“ aufhören und nach Entspannung suchen.